

**Bericht der Bundesregierung über den G20-Gipfel in St. Petersburg
vom 5. bis 6. September 2013**

Vom 5. bis 6. September 2013 trafen sich die Staats- und Regierungschefs der G20 in St. Petersburg/Russische Föderation.

Ein wichtiges Thema war die Lage der Weltwirtschaft. Die Staats- und Regierungschefs attestierten eine verbesserte Lage der Weltwirtschaft, sahen aber weiterhin erhebliche Unsicherheiten. Auf dem Gipfel wurde der St. Petersburg Aktionsplan verabschiedet, in dem sich die Mitgliedstaaten zu konkreten Strukturreformen zur Wachstumsförderung und mittelfristigen Fiskalstrategien zur Haushaltskonsolidierung verpflichten.

Beim Thema Beschäftigung lag der Fokus auf der Bekämpfung der strukturellen Arbeitslosigkeit, insbesondere von Jugendlichen und anderen benachteiligten Gruppen. Die G20 unterstrich, dass nachhaltige öffentliche Finanzen eine zentrale Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung sind.

Die G20 betonte die Bedeutung des freien Welthandels als wichtigen Wachstumsmotor und verlängerten deshalb ihre Selbstverpflichtung zum Verzicht auf protektionistische Maßnahmen um zwei Jahre bis Ende 2016.

Die G20 hat sich erneut zur konsequenten Umsetzung der Finanzmarktreformen bekannt. Zur Regulierung von Schattenbanken wurde auf deutsche Initiative hin ein ambitionierter Fahrplan zur Fortsetzung der Arbeiten vereinbart.

Wichtige Fortschritte wurden sowohl bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung als auch von Steuervermeidung erzielt. Die G20 verständigte sich auf den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen als neuen internationalen Standard mit Zeitplanung und indossierte den BEPS-Aktionsplan (Base Erosion and Profit Shifting) gegen Steuervermeidungsgestaltungen multinationaler Konzerne.

Die G20 hob die Bedeutung von Investitionen und deren Finanzierung hervor. Die Staats- und Regierungschefs sagten zu, bis zum nächsten Gipfel in Australien konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um das Investitionsklima und die Finanzierungsbedingungen zu verbessern.

Die G20 verabschiedete einen neuen Entwicklungsplan sowie den ersten gemeinsamen Rechenschaftsbericht zur Umsetzung ihrer Entwicklungszusagen.

Die Lage in Syrien war ein wichtiges Thema des Gipfels und der bilateralen Gespräche am Rande, wurde jedoch nicht im Gipfelkommuniqué berücksichtigt. Es bestand Einigkeit unter den Staats- und Regierungschefs, dass der Einsatz von Chemiewaffen nicht akzeptabel ist.

Ab dem 1. Dezember 2013 wird Australien die Präsidentschaft der G20 übernehmen. Der nächste G20-Gipfel wird am 15./16. November 2014 in Brisbane stattfinden.

Weltwirtschaft und „Framework for Growth“

Die Lage der Weltwirtschaft war ein zentrales Thema des Gipfels. Die Lage der Weltwirtschaft habe sich erholt, sei aber noch mit Risiken behaftet, so die gemeinsame Einschätzung der Staats- und Regierungschefs der G20. In den Diskussionen stand die Eurozone nicht mehr im Fokus des Interesses.

Als zentrale Herausforderungen werden u.a. die hohe Arbeitslosigkeit und hohe Schuldenstände in vielen Ländern, das verringerte Wachstum in einigen Schwellenländern sowie unzureichende private Investitionen genannt. Die G20 bekannte sich zu stabiler Haushaltspolitik und zu Strukturreformen, zur Steigerung der Flexibilität der Wechselkurse sowie zu wirtschaftspolitischer Kooperation. Makroökonomische Maßnahmen sollen einem Anstieg der Volatilität von Kapitalströmen begegnen. Eine sorgfältige Kommunikation künftiger Änderungen der Geldpolitik werde durch die Zentralbanken erfolgen.

Im Rahmen des G20 „Framework for Growth“, dessen Ziel es ist, ein starkes, nachhaltiges und ausgeglichenes Wachstum zu erreichen, verabschiedete die G20 einen neuen Aktionsplan. In diesem „St. Petersburg Action Plan“ sagt jeder G20-Mitgliedsstaat zu, wirtschaftspolitische Maßnahmen umzusetzen, die das Wachstum und die Beschäftigung stärken, die Stabilität erhöhen und die die Grundlage für nachhaltiges Wachstum legen. Ein wichtiges Element des Aktionsplans sind die mittelfristigen Fiskalstrategien der Mitgliedstaaten mit länderspezifischen Abbaupfaden für die öffentliche Verschuldung bis 2017. Die entsprechenden Dokumente sind als Anhänge der Gipfelerklärung veröffentlicht.

Beschäftigung

Der Fokus im Bereich Beschäftigung lag dieses Jahr auf der Frage, wie qualitativ hochwertige Arbeitsplätze geschaffen und Gruppen, die am Arbeitsmarkt benachteiligt sind, besser aktiviert werden können. Erstmals fand ein gemeinsames Treffen der G20-Arbeits- und Finanzminister statt. Die G20 erkannte die zentrale Bedeutung nachhaltiger öffentlicher Finanzen für die Beschäftigung an, betonte die Notwendigkeit angemessener sozialer Sicherungssysteme und unterstützte die Koordination von Finanz- und Arbeitsmarktpolitik. Der Austausch bewährter Praktiken und das Monitoring der Implementierung von G20-Empfehlungen wurden in einem Bericht von ILO und OECD auf Grundlage einer G20-Datenbank zusammengefasst und von der G20 indossiert. Das Mandat der G20-Arbeitsgruppe Beschäftigung wurde um

ein Jahr verlängert. Bis zum kommenden Gipfel soll sie sich den nationalen Beschäftigungsstrategien mit dem Fokus auf strukturelle Arbeitslosigkeit und der Sicherheit am Arbeitsplatz widmen und Empfehlungen erarbeiten. Beim Gipfel wurden die zentralen Ergebnisse der Treffen der G20-Arbeits- und Finanzminister indossiert, die im Juni 2013 stattfanden. Am Rande des Gipfels fand ein einstündiges, informelles Gespräch mit Vertretern der Unternehmens- und Gewerkschaftsverbände Business20 und Labour20 statt, an dem mehrere Staats- und Regierungschefs, darunter die Bundeskanzlerin, teilnahmen.

Finanzmarktregulierung

Die Regulierung der Finanzmärkte ist weiterhin ein wichtiger Teil der G20-Agenda. Zum Gipfel veröffentlichte das Financial Stability Board (FSB) neben verschiedenen Einzelberichten einen allgemeinen Fortschrittsbericht, der der G20 insgesamt gute Umsetzungsfortschritte bescheinigt, aber auch fortbestehenden Handlungsbedarf aufzeigt. In der Gipfelerklärung bekannten sich die Staats- und Regierungschefs der G20 zur Beibehaltung des Momentums bei den Finanzmarktreformen. Die G20-Länder werden weiterhin die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die beschlossenen Reformen im Bereich der Finanzmarktregulierung konsistent und diskriminierungsfrei umzusetzen. Zur Regulierung des Schattenbankensektors legte der FSB Berichte mit Handlungsempfehlungen vor, die in der Gipfelerklärung begrüßt wurden. Zur Fortsetzung der Arbeiten zur Regulierung von Schattenbanken wurde auf deutsche Initiative hin ein ambitionierter Fahrplan („Roadmap“) vereinbart, der als Annex der Gipfelerklärung von St. Petersburg veröffentlicht wurde.

Mit Blick auf die wichtige Rolle des FSB bei der Erarbeitung und Durchsetzung internationaler Finanzmarktstandards wurde die Anfang des Jahres erfolgte Umwandlung des FSB in eine eigene Rechtspersönlichkeit mit größerer finanzieller Autonomie und gestärkter Koordinierungskapazität begrüßt. Einigkeit bestand unter den G20-Mitgliedern auch darin, die Arbeiten zur Beendigung von „Too Big to Fail“ weiter voranzutreiben. Begrüßt wurde in diesem Zusammenhang die Veröffentlichung einer Liste mit derzeit neun global systemrelevanten Versicherungen (G-SIIs) und der auf sie anwendbaren Regulierungsmaßnahmen. Ebenfalls willkommen geheißen wurde der FSB-Bericht zur Regulierung der außerbörslich gehandelten Derivate (OTC-Derivate), in dem die erzielten Fortschritte und weiterer Handlungsbedarf aufgezeigt werden.

Steuergerechtigkeit

Wichtige Fortschritte wurden sowohl bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung als auch von Steuervermeidung erzielt. Ein zentraler Beitrag gegen Steuerhinterziehung ist ein verbesserter Informationsaustausch. Die Staats- und Regierungschefs der G20 bekannnte sich zum automatischen Informationsaustausch in Steuersachen als neuem internationalen Standard und unterstützten die Arbeiten der OECD zu dessen technischen Aspekten. Die G20-Mitgliedstaaten wollen bis Ende 2015 mit dem automatischen steuerlichen Informationsaustausch beginnen.

Zudem einigte sich die G20 auf ein gemeinsames Vorgehen gegen Strategien zur Steuervermeidung. Das G20/OECD-Projekt „Base Erosion and Profit Shifting“ (BEPS) richtet sich gegen legale (aggressive) Steuervermeidungsgestaltungen multinationaler Konzerne. Mit der Gipfelerklärung wurde der „BEPS“-Aktionsplan indossiert. Auf Grundlage dieses Aktionsplans mit 15 Handlungs- und Prüfungsfeldern sollen wirksame, international abgestimmte Maßnahmen erarbeitet und umgesetzt werden.

Investitionsfinanzierung

Die Staats- und Regierungschefs hoben die Bedeutung von Investitionen und deren Finanzierung hervor. Dabei stellte die G20 v. a. die Verbesserung des Investitionsklimas und die Schaffung stabiler wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen in den Vordergrund. Bis zum nächsten Gipfel in Australien sollen die Mitgliedstaaten jeweils ein Bündel von Maßnahmen identifizieren und beginnen umzusetzen, welche das Investitionsklima und die Finanzierungsbedingungen verbessern sollen. Die G20 billigte außerdem den Arbeitsplan der unter russischer Präsidentschaft eingerichteten Study Group „Financing for Investment“, die Vorschläge zur Finanzierung von Investitionen erarbeiten soll.

Handel

Die Staats- und Regierungschefs der G20 unterstrichen erneut die Bedeutung des freien Welthandels für Wirtschaftswachstum. Sie bekräftigten ihr Interesse an einem Erfolg der WTO-Ministerkonferenz im Dezember 2013 in Bali, wobei es insbesondere um Handelsvereinfachungen gehen wird, und riefen alle WTO Mitgliedstaaten zu der notwendigen Flexibilität auf. Die bereits bei den vorhergehenden Gipfeln beschlossene Selbstverpflichtung der G20, von der Errichtung neuer Handels- und Investitions-

beschränkungen abzusehen und neue protektionistische Maßnahmen zurückzunehmen, verlängerten die Staats- und Regierungschefs in St. Petersburg – auch auf Initiative der Bundesregierung hin – um zwei weitere Jahre bis Ende 2016. WTO, OECD und UNCTAD wurden aufgefordert, ihre Beobachtung und Analyse der von den G20-Staaten ergriffenen Maßnahmen fortzusetzen und auszubauen. Diese internationalen Organisationen erhielten den Auftrag, ihre Arbeiten zur Analyse der Funktion und Auswirkungen globaler Wertschöpfungsketten fortzusetzen und nach Konsultation der Regierungen im ersten Halbjahr 2014 einen Bericht vorzulegen.

Entwicklung und Ernährungssicherung

Die G20-Staats- und Regierungschefs verabschiedeten ein neues G20-Entwicklungs-Arbeitsprogramm („Saint Petersburg Development Outlook“). Es baut auf den beim G20-Gipfel in Seoul 2010 verabschiedeten gemeinsamen Entwicklungsprinzipien („Seoul Development Principles“) und dem „Seoul Multi-Year Action Plan“ auf. Das Arbeitsprogramm legt einen Wachstumsbegriff zugrunde, der die soziale und ökologische Dimension einschließt und verweist auf zentrale VN-Prozesse im Hinblick auf Entwicklung. Es sieht konkrete G20-Aktivitäten für die Schwerpunkte Infrastruktur, Ernährungssicherung, finanzielle Inklusion, berufliche Bildung und Qualifikation sowie Verbesserung der Steuersysteme in Entwicklungsländern vor und besitzt im Vergleich zum vorherigen Aktionsplan eine schlankere Struktur, die themenübergreifendes Arbeiten befördert und Flexibilität für zukünftige G20-Präsidentschaften bei der Identifizierung von Prioritäten lässt. Entsprechend dem Auftrag der Staats- und Regierungschefs vom G20-Gipfel in Los Cabos 2012 wurde zudem erstmals ein Rechenschaftsbericht über entwicklungsbezogene Verpflichtungen der G20 erstellt. Der Bericht bestätigt, dass die G20 die meisten Verpflichtungen des Entwicklungsplans von Seoul und der Gipfelerklärungen der letzten drei Jahre erfüllt hat. Die G20-Staats- und Regierungschefs riefen auch dazu auf, eine integrierte Post-2015 Agenda mit konzisen, umsetzbaren und messbaren Zielen zu erarbeiten. Sie verpflichteten sich, die G20-Aktivitäten kohärent mit dem neuen Zielrahmen für weltweit nachhaltige Entwicklung nach 2015 zu gestalten. Ernährungssicherung wird von der G20 weiterhin als prioritär angesehen. Daher verständigte sich die G20 auf verstärkte Koordination, unterstützte Diskussionen im Rahmen der WTO zu Ernährungssicherung und bekräftigte erneut die Verpflichtung,

den Aktionsplan von 2011 zu Lebensmittelpreisschwankungen und Landwirtschaft weiter umzusetzen.

Klima und Energie

Deutschland setzte sich erfolgreich dafür ein, dass sich die G20 auch in diesem Jahr mit Klimafragen befasste. Die G20 unterstrich, dass der Klimawandel erhebliche ökonomische Risiken birgt, und bekräftigte ihre Verpflichtung, die Ergebnisse der Klimakonferenzen von Cancún, Durban und Doha umzusetzen. Weiterhin begrüßte sie die Bemühungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, 2014 politischen Willen für die Annahme eines rechtsverbindlichen Klimainstruments im darauf folgenden Jahr zu mobilisieren. Die G20 unterstützte weiterhin die Operationalisierung des Green Climate Fund und begrüßte den Bericht der G20 Climate Finance Study Group zu Erfahrungen der G20-Länder bei der Mobilisierung von Klimafinanzierung. Darauf aufbauend sollen die Finanzminister die G20-Arbeiten zu Klimafinanzierung fortzuführen.

Die G20 betonte die Notwendigkeit funktionsfähiger und transparenter Energiemärkte für ein nachhaltiges Wachstum. Die Datenbank JODI (Joint Oil Data Initiative) soll mit Blick auf Zugang, Verfügbarkeit und Datenqualität weiter verbessert werden. Die Staats- und Regierungschefs begrüßten die Absicht ihrer Finanzminister, durch mehr Transparenz und Regulierung die Funktionsweise der Preisberichtsagenturen (Price Reporting Agencies, PRAs) zu verbessern. Die Absicht der G20, ineffiziente Subventionen für fossile Energien abzubauen, wurde erneut bekräftigt. Zu diesem Zweck wurde ein freiwilliger Peer Review Prozess zum Abbau ineffizienter Energiesubventionen gestartet, über dessen Ergebnisse beim G20-Gipfel 2014 berichtet werden soll. Um die Hürden für Investitionen in Energieinfrastruktur zu beseitigen, riefen die G20-Staats- und Regierungschefs dazu auf, 2014 einen Dialog zwischen der G20, dem Privatsektor und internationalen Organisationen zu beginnen. Die G20 strebt an, sich für eine Entwicklung hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft einzusetzen, und will dazu entsprechende Politikempfehlungen für die Bereiche „saubere“ Energie und Energieeffizienz entwickeln. Dafür hatte sich u.a. DEU nachdrücklich eingesetzt. Erstmals im G20-Kontext wurde das Thema Nukleare Sicherheit behandelt. Die G20 unterstrich, dass die Nutzung der Kernenergie unabdingbar mit der Verantwortung für größtmögliche nukleare Sicherheit, Sicherung und Nichtverbreitung verbunden ist, und zwar für Staaten, die bereits Kernenergie nutzen ebenso wie für Staaten, die neu in die Kernenergienutzung einsteigen.

Korruptionsbekämpfung

Die AG Antikorruption legte zum Gipfel einen 3. Fortschrittsbericht zur Umsetzung des G20-Aktionsplans von Seoul vor, der ebenso wie mehrere Leitlinien der OECD zur Bekämpfung verschiedener Aspekte der grenzüberschreitenden Korruption von der G20 indossiert wurde. Zur Intensivierung der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet wurde ein Netzwerk von nationalen Experten in den G20-Staaten zur Verhinderung der Einreise korrupter Amtsträger geschaffen und Prinzipien zur gegenseitigen Rechtshilfe verabschiedet. Die G20 beschäftigte sich außerdem mit der Frage, ob es einen Zusammenhang zwischen Korruptionsbekämpfung und Wirtschaftswachstum gibt. Die OECD wurde gebeten, hierzu weiter zu forschen. Zentrales Anliegen der Bundesregierung, das auch im Kommuniqué Wiederhall findet, bleibt es, dass die tatsächliche Umsetzung der gemeinsamen Beschlüsse nicht außer Acht gerät, sondern weiter forciert wird.

Syrien

Die Lage in Syrien war ein wichtiges Thema des Gipfels und der bilateralen Gespräche am Rande, auch wenn dies keine Erwähnung im Gipfelkommuniqué findet. Es bestand Einigkeit unter den Staats- und Regierungschefs, dass der Einsatz von Chemiewaffen nicht akzeptabel ist. Breite Übereinstimmung gab es in der Frage, dass ein politischer Prozess zur Lösung der Krise in Gang gesetzt werden muss. Differenzen in der Frage der Zuweisung der Verantwortung für den Chemiewaffeneinsatz vom 21. August und über den weiteren Fortgang im VN-Sicherheitsrat bleiben bestehen.